

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, am Röntgenpark 2.
Telephon: Morichplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechsgespaltene Kompartimentszeile oder deren Raum 1,50 Mark. Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. Verbandsanzeigen 50 Pfennig pro Seite.

Kapitalistische Ungereimtheiten.

M. Die trotz aller Enttäuschungen immer aufs neue genährten Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft wollen sich nicht erfüllen. Es fehlt zwar keineswegs an Anzeichen, die auf eine Besserung hindeuten. Sie vermögen aber nicht darüber hinwegzuhelfen, daß vor allem die Arbeitslosigkeit keine wesentliche Abnahme zeigt. Vom 1. März bis 15. April d. J. ging die Zahl der unterstützten Arbeitslosen von 2055928 auf 1883026, also nur um 8 Prozent zurück. Diese Abnahme beschränkt sich fast ausschließlich auf die landwirtschaftlichen Bezirke. In den Industriegebieten machten sich nur ganz geringe Veränderungen in der Arbeitsmarktlage bemerkbar, und selbst dort, wo eine wesentliche Abnahme der Erwerbslosen eintrat, wurde sie durch die Zunahme von Kurzarbeit nahezu ausgeglichen. Auch das um diese Jahreszeit sonst gut beschäftigte Baugewerbe weist trotz aller Wohnungsbauprojekte der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften äußerst ungünstige Verhältnisse auf, denn während Ende März vorigen Jahres nur 13,8 Prozent erwerbsloser Bauarbeiter vorhanden waren, belief sich ihre Zahl zur gleichen Zeit dieses Jahres auf 35,2 Prozent.

Diese Feststellungen stehen zu den sonstigen wirtschaftlichen Erscheinungen in schroffem Gegensatz. An der Börse steigen die Kurse und erzeugen einen lebhaften Optimismus, der sich in einer starken Spekulationsaktivität äußert. Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz herabgesetzt. Der Privatdiskont ist diesem Beispiel gefolgt. Mit den zunehmenden Bankeinlagen gehen auch die Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen in die Höhe. Zugleich erweist sich das Produktionsergebnis des verflossenen Jahres als nicht ungünstig. Der Abfluß von Kali und Stickstoff erfuhr eine recht beträchtliche Zunahme. Die Erzeugung von Roheisen, Rohstahl und Walzwerkprodukten erreichte nahezu die Höhe von 1913. Desgleichen blieb die Kohlenenergie nicht hinter dem damaligen Stand zurück. An elektrischer Energie wurde sogar, obwohl doch bereits die zweite Hälfte des Jahres 1925 sehr stark im Zeichen der Krise stand, um 45 Prozent mehr verbraucht. Und bei der Reichsbahn stieg die Wagenstellung auf 93 Prozent der Vorkriegsleistung. Alle diese Umstände liefern den Beweis, daß das Gerücht von der geringen Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und ihrer Arbeiter leeres Geschwätz ist, die deutsche Produktionsenergie mindestens den Stand der Vorkriegszeit erreicht, sehr wahrscheinlich aber bereits beträchtlich überschritten hat.

Ungeachtet dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielten Fortschritts und der zunehmenden Produktivität der Wirtschaft lastet die Wirtschaftskrise mit voller Schwere auf dem deutschen Volk, besonders aber auf der Arbeiterschaft. Das muß besonders als eine neuer Ungereimtheiten erscheinen, an denen die kapitalistische Wirtschaftsordnung so reich ist. Noch vor nicht allzu langer Zeit konnten die Arbeiter von allen Seiten hören, daß nur Arbeit uns retten, die Steigerung der Produktion und Arbeitsleistung allein vor der wirtschaftlichen Verelendung bewahren kann. Die Arbeiter haben es nicht daran fehlen lassen, in diesem Sinne zu handeln. Der wirtschaftliche Erfolg für sie bestand aber nur darin, daß rund vier Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter vorhanden sind, die vergebens darauf warten, wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden. Viele von ihnen befinden sich schon seit Monaten in dieser Lage und mit ihren Familien in drückendster Not. Es sind ungeheure Opfer, die so von den Arbeitern getragen werden müssen, die aber von der bürgerlichen Gesellschaft völlig unbeachtet bleiben.

Unmöglich kommt man zwar auch in bürgerlichen Kreisen darauf, daß sich die Wirtschaft in einem fehlerhaften Kreislauf bewegt, dessen Ursachen ergründet werden müssen, um Abhilfe zu schaffen. Insbesondere führt dort die andauernde Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen schon wegen ihrer demoralisierenden Wirkungen zu der Überzeugung, daß diesem Zustand nicht nur durch Gewährung von Unterstützung begegnet werden kann. Das heißt die Frage aufwerfen: Was ist zu tun, um die Wirtschaft zu normalen Verhältnissen zurückzuführen? Es sind denn auch von bürgerlicher Seite in letzter Zeit zahlreiche Vorschläge zur Abhilfe gemacht worden. Nur wenige gehen so weit, daß sie eine radikalere Lösung im sozialistischen Sinne in der Richtung einer Ausdehnung der Gemeinwirtschaft fordern. Aber es sind doch auch manche darunter, die sich durchaus mit dem Standpunkt der Gewerkschaften vereinbaren lassen, auch in der Beurteilung der Wirtschaftslage mit ihnen einig gehen, wofür nur auf die in Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zitierten Ausführungen von Dr. Herbert Weichmann und Professor M. J. Bonn hingewiesen zu werden braucht.

Im allgemeinen besteht bei den bürgerlichen Volkswirtschaftlern Einigkeit darüber, daß die technischen Einrichtungen der deutschen Wirtschaft, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Erzeugung, zu den vorhandenen Absatzmöglichkeiten in starkem Widerspruch stehen. Ebenso stimmt ihre Auffassung darin mit den Gewerkschaften überein, daß der Inland- wie der Auslandmarkt infolge vermindelter Konsumfähigkeit der Massen zusammengebrochen ist, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, durch Stilllegung und Abbau überflüssiger sowie technisch rückständiger Betriebe wie auch durch

höchste Rationalisierung der verbleibenden Betriebe die Produktion zu verbilligen, dadurch den Inlandmarkt zu erweitern und die deutsche Industrie auf dem Auslandmarkt wettbewerbsfähig zu machen. Daneben werden weitere Vorschläge zur Beseitigung der Krise durch eine umfassende Stedlungspolitik, Förderung der Auswanderung usw. gemacht, die an sich beachtenswert, aber von nicht allzu weitgehender Wirkung sein können.

Der Industriekapitalismus und seine sogenannten Wirtschaftsführer sind von diesen volkswirtschaftlichen Auffassungen noch völlig unberührt. Man bemüht sich zwar dort, nach außen den Anschein zu erwecken, bei allen Handlungen auf fester wissenschaftlicher Grundlage zu stehen, wobei aber nur die Volkswirtschaftler anerkannt werden, die sich der kapitalistischen Rückständigkeit und Einseitigkeit anpassen. Die Notwendigkeit der Rationalisierung der Produktion und ihrer Verbilligung wird zwar auch von den Industriellen anerkannt, und es ist von ihnen bereits mancherlei in dieser Richtung unternommen worden. Schon längst ist die Rationalisierung aus dem Stadium der Theorie in das der Praxis übergetreten. Dagegen läßt sich eine wesentliche Auscheidung technisch rückständiger Betriebe nicht feststellen. Im Gegenteil sind die großen Konzerne sowie die Industrie- und Handelsstellen nach wie vor bemüht, sie zu erhalten, weil sie eine bequeme Grundlage für die Hochhaltung der Preise und zu Übergewinnen für die technisch leistungsfähigeren Betriebe bieten. Auch an eine Senkung der Preise durch rationellere Produktion wird nicht gedacht, sondern diese nur insoweit in Aussicht gestellt, als es gelingt, die Löhne der Arbeiter herunterzudrücken. Daß damit die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert und die Konsumfähigkeit der Massen noch mehr geschwächt, die Arbeitslosigkeit vermehrt werden muß, wird nicht in Betracht gezogen. Das verfolgte Ziel besteht lediglich darin, durch die Herabsetzung der Löhne und durch monopolistische Ausbeutung der Inländerbraucher die deutschen Waren auf dem Weltmarkt billiger anzubieten, die Konkurrenz des Auslandes aus dem Felde schlagen und so die Ausfuhr steigern zu können. Zur Erreichung dieses Zieles rüstet das Industriekapital gegenwärtig mit aller Macht zum Kampf gegen die Gewerkschaften. Es will die ihm günstige Konjunktur ausnützen, die Gewerkschaften so schwächen, daß sie bei Besserung der Wirtschaftslage außerstande sind, das ihnen in dem aufgezwungenen Kampf Verlorene wieder zurückzugewinnen.

Der Kapitalismus hat es also auf eine dauernde Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiter abgesehen, ohne danach zu fragen, welche verwerfenden Wirkungen sein Vorgehen für die deutsche Wirtschaft haben muß. Derartige Rücksichten haben freilich auf jener Seite noch nie eine Rolle gespielt. Die Hauptsache war stets nur der Gewinn. Ob dessen Steigerung mit der Verelendung der breiten Volksschichten verbunden war, ist ihm immer gleichgültig geblieben. Um so entschiedener haben sich die Arbeiter diesen Absichten entgegenzustellen. Die von dem Kapitalismus angestrebte Erweiterung des Exports vermag den Arbeitern für eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung keinen Ausgleich zu bieten, ebensowenig die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nennenswert zu vermindern. Betrug doch selbst in der Zeit der höchsten Blüte der deutschen Ausfuhr die Menge der Ausfuhrgegenstände nicht mehr als ein Zehntel der gesamten Erzeugung. Aus diesen Gründen müssen sich die Arbeiter darüber klar sein, daß nur ihr Anschluß an die Gewerkschaften sowie die Erhaltung ihrer Kampffähigkeit die wirtschaftsfeindlichen Absichten des Industriekapitals zum Scheitern bringen und die Ungereimtheiten der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftspolitik beseitigen kann. Lediglich durch die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Bestrebungen kann es gelingen, die Bedürfnisse der breiten Volksmassen zu befriedigen und ihnen den gebührenden Anteil an den produktiven Errungenschaften zu sichern.

Amerika im Urteil deutscher Gewerkschafter.

Amerika ist in diesen Jahren gewissermaßen zum zweiten Male entdeckt worden. Die Entdeckungsreisen galten vor allem der amerikanischen Wirtschaft, die sich von Jahr zu Jahr immer märchenhafter entwickelt und heute einen Stand erreicht hat, der in der ganzen übrigen Welt Bewunderung erregt. Der Europäer ganz besonders blüht mit sehnsuchtsvollen Augen nach Amerika. Während dort glänzende Hochkonjunktur herrscht, stürzt die europäische Wirtschaft von Krise in Krise. Die Unternehmer haben die Betriebe eingeschränkt oder auch ganz geschlossen, die weil die große Masse des Volkes einen wahren Heißhunger nach Waren aller Art hat. Viele Millionen fleißiger Hände ruhen, die Arbeiter sind ohne Beschäftigung und Brot. So geht das nun schon jahrelang, besonders in Deutschland.

Deutschland steht vor der Notwendigkeit des Wiederaufbaues seiner Wirtschaft. Daran wird seit Jahren gearbeitet, aber nirgends zeigt sich ein rechter Fortschritt. Das läßt vermuten, daß irgendwo Fehler stecken, wirtschaftliche Gesetze mißachtet oder überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Diese Fehler zu finden und abzustellen, ist die wichtigste Aufgabe. Wie man sich sonst im Leben nach guten Beispielen richtet und richten muß, ist Deutschland beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft gleichfalls gezwungen,

seinen Blick auf jene Tatsachen zu lenken, denen andere Länder ihren wirtschaftlichen Aufschwung zu verdanken haben. Unter diesen Ländern steht Amerika an vorderster Stelle. Die amerikanischen Verhältnisse lassen sich gewiß nicht schematisch auf Deutschland übertragen, aber feststeht, daß die deutsche Wirtschaftslage von der amerikanischen viel lernen kann. Das hat eine Reihe führender Männer der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis auch erkannt. Sie reisten nach Amerika, um die dortige Wirtschaft an Ort und Stelle zu studieren. Was sie sahen und gehört haben, ist in Zeitschriften und Büchern der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden. Die Gewerkschaften wußten aus eigenem so gut wie nichts über die amerikanische Wirtschaft, sie waren auf das angewiesen, was die Amerikaner aus den andern Lagern darüber berichteten. Das war ein Mangel, der sich um so fühlbarer machte, je öfter sich die Unternehmer in den Auseinandersetzungen über Wirtschaftspraxis auf die amerikanischen Verhältnisse beziehten. Daher war es zu begrüßen, als im Herbst 1925 sich einige Gewerkschaften entschlossen, eine Delegation nach Amerika zu entsenden. Aber die Eindrücke und Feststellungen ihrer Reise berichten die beteiligten Gewerkschafter jetzt in einem stattlichen Buche mit dem Titel „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“ (*). Der Hauptteil des Buches gliedert sich in vier Kapitel: „Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten“ (Bearbeiter: Kurt Feinig), „Aus dem sozialen Leben Amerikas“ (Bearbeiter: Franz J. Furtwängler), „Die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten“ (Bearbeiter: Fritz Larnow), „Die Arbeiterbanken“ (Bearbeiter: Vern Meyer).

Das Amerikabuch deutscher Gewerkschaftsführer untersucht vom Standort der Arbeiter aus die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas. Wer die Amerika-literatur einigermaßen kennt, erfährt aus dem neuen Buche zwar nichts grundsätzlich Neues, aber manche Erscheinungen und Tatsachen der amerikanischen Wirtschaft werden ihm jetzt erst recht verständlich. Die Gewerkschaftsführer beschränken sich nicht auf die Wiedergabe dessen, was sie gesehen, gehört und in Zeitungen und Büchern gelesen haben, sie versuchen auch, zu erklären, warum in Amerika alles so anders ist als in Deutschland. Darin liegt der große Vorzug des Amerikabuches deutscher Gewerkschaftsführer gegenüber anderen Büchern über Amerika.

Das Amerikabuch deutscher Gewerkschaftsführer enthält eine Unmenge Material. Wir müssen uns auf die Wiedergabe einiger Tatsachen und Beobachtungen beschränken. (Über die Gewerkschaftsbewegung in Amerika folgt ein zweiter Aufsatz.) Amerika ist ein mit Rohstoffen und mit sonstigen natürlichen Produktivkräften reich gesegnetes Land. Dadurch ist die amerikanische Wirtschaft der deutschen weit voraus. Aber es wäre verkehrt, Amerikas Überlegenheit allein darauf zurückzuführen. Mit Recht heißt es in dem Amerikabuch: „Die Vorstellung, als ob die Lebensmöglichkeiten eines Volkes durch die Günstigkeit oder Ungünstigkeit der natürlichen Existenzbedingungen entschieden würden, hat in der modernen Wirtschaft kaum noch eine Berechtigung. Neben der Werkstatt der Natur haben sich die Arbeit und die Technik eingerichtet, und in ihrem Zusammenwirken vermehren sich die Gaben der Natur in immer steigender Fülle. Es liegt im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung, daß die einstmalige überlegende Bedeutung der natürlichen Bedingungen für den Lebensstandard eines Volkes durch die Bervollkommnung der Technik und die Steigerung des Arbeitsertrages überwunden wird, und in den modernen Industrieländern ist das längst geschehen. In der heutigen Welt ist der weiteste Nahrungsspielraum nicht mehr dort gegeben, wo die Fruchtbarkeit und der Reichtum des Bodens am größten sind, sondern wo die Technik am weitesten vorgeschritten und die Organisation der Wirtschaft und der Arbeit am zweckmäßigsten eingerichtet ist.“

Amerika ist uns in der zweckmäßigen Organisation der Wirtschaft und der Arbeit weit voraus. Es hat ein schnelleres „Tempo der Produktion“. Die bürgerlichen Amerikareisenden geben das auch zu, und sie führen das schnellere „Tempo der Produktion“ auf die größere Intensität der menschlichen Arbeit zurück. Der amerikanische Arbeiter sei fleißiger als der deutsche. Die Gewerkschaftsdelegation hat diese Frage besonders eingehend geprüft. Sie hat aber keinen Betrieb gefunden, wo die Arbeiter direkt oder indirekt (durch niedrige Lohnsätze) härter angetrieben werden als in Deutschland. Das gilt auch für die amerikanischen Holzarbeiter. Das Amerikabuch berichtet über die Verhältnisse in der Holzindustrie folgendes: „In der Holzindustrie, die einzelne qualifizierte Wertstoffe herstellt, fanden wir in Amerika Betriebe, die entsprechenden deutschen Unternehmungen durchaus gleichen. Es handelt sich dabei um den Typ von Produktionsstätten, in denen jeder einzelne Arbeiter einer mehr oder weniger abgeschlossenen Aufgabe gegenübergestellt wird. Hier entscheiden trotz aller Entwicklung der technischen Hilfsmittel, von der Holzbearbeitungsmaschine bis zum Schneidapparat:

* Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer. 236 Seiten. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S. 14. Organisationspreis broschiert 8,75 Mk., in Ganzleinen gebunden 12,50 Mk.

und der maschinellen Bildhauerei, letzten Endes doch die individuelle Fähigkeit und die berufliche Erfahrung des Arbeiters. In diesen Betrieben war das Arbeits tempo, was die physische Intensität anbelangt, zu entsprechenden deutschen Betrieben in keiner Hinsicht unterschiedlich.

Aber die Arbeitszeit berichtet die Delegation, daß der achtstündige Arbeitstag in Amerika wesentlich weiter verbreitet ist als in Deutschland. In den straff organisierten Berufen herrscht die 44-Stunden-Woche, in weniger gut organisierten die 46- oder 48-Stunden-Woche. Verschiedentlich beträgt die Arbeitszeit nur 40 oder 42 Stunden die Woche. In den unorganisierten Betrieben wird meistens länger gearbeitet, teilweise bis zu 59 Stunden.

Aber die Lohnverhältnisse in Amerika enthält das Buch eine größere Abhandlung. Diese besagt, was bereits allgemein bekannt ist, daß die amerikanischen Arbeiter eine wesentlich höhere Lebenshaltung haben als die Deutschen. Der amerikanische Unternehmer zahlt dem Arbeiter natürlich nicht deshalb höhere Löhne, weil er arbeiterfreundlicher ist als der deutsche, sondern deshalb, weil er erkannt hat, daß je stärker die Kaufkraft des Innenmarktes ist, um so besser die ganze Wirtschaft fährt. Die deutschen Unternehmer sehen die Rettung der Wirtschaft in einem möglichst schwachen Innenmarkt, das beweist ihre Lohnabbaupolitik. Der Erfolg dieser „Wirtschaftspolitik“ ist die schwere Krise, unter der die Bevölkerung seit langem leidet. Der deutsche Unternehmer ist stets bestrebt, seine Arbeiter möglichst niedrig zu entlohnen, da nach seiner Vorstellung jede Mark Lohnersparnis für ihn ein wirtschaftlicher Vorteil ist. Über die Auswirkung der niedrigen Löhne auf die Gesamtwirtschaft macht er sich keine Gedanken. Anders der amerikanische Unternehmer. Er weiß, daß der Arbeiter um so mehr Waren aller Art kaufen kann, je höher sein Einkommen ist. Hohe Löhne bedeuten großen Warenabsatz, und dieser bedingt floride Beschäftigung der Wirtschaft.

Werden die deutschen Unternehmer aus diesen amerikanischen Erfahrungen und Tatsachen lernen? Es scheint nicht so, vorerst preisen sie nach wie vor den Lohnabbau als den Weg zum Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Gegen diesen Wahnsinn gilt es mit ganzer Kraft anzukämpfen. Das kommt auch im Amerika-Buch der deutschen Gewerkschaftsführer zum Ausdruck, das mit folgenden trefflichen Worten schließt:

Das Kernproblem der europäischen Wirtschaft ist und bleibt die Steigerung der Massenkaufkraft. Mehr noch als sonst hängt in Deutschland die Kaufkraft von der allgemeinen Lohnhöhe ab, denn die Konsumkraft aus Exporteisen ist durch die Inflation vernichtet. So wird es vollkommen klar, daß der gewerkschaftliche Kampf um die Steigerung der Löhne nicht nur eine soziale Notwendigkeit, sondern darüber hinaus eine Aufgabe ist, von deren Gelingen die Höherentwicklung der gesamten Wirtschaft abhängt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Sotengräber der deutschen Wirtschaft.

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ beschäftigt sich Hr. S. Schmidt mit dem „Geheimnis der hohen Löhne“ in Amerika. Er tut so, als ob er nun hinter das „Geheimnis“ gekommen sei, seine Ausführungen beweisen aber das Gegenteil. Herr Schmidt erzählt seiner gläubigen Lesern im Unternehmerlager, daß Amerika deshalb eine technisch und organisatorisch hochentwickelte Industrie habe, weil die Arbeiter sich lange Zeit mit einem sehr niedrigen Lohn zufrieden gegeben hätten, damit der Unternehmer das nötige Geld habe für den Ausbau und für die Modernisierung des Betriebes. Nun, wo die Industrie blühe und gedeihe, könnten hohe Arbeitslöhne gezahlt werden.

Was mit dieser Verdrehung der Tatsachen bezweckt wird, liegt auf der Hand. Die Arbeiter sollen einsehen lernen, daß ihre Lohnforderungen das Verhängnis von der Welt sind. Der Weg zum Aufstieg liegt in niedrigen und nicht in hohen Löhnen. sagt Herr Schmidt und verweist dabei auf Amerika. Prof. M. S. Bonn, einer der besten Kenner der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft, stellt demgegenüber fest: „Amerika produziert nicht deswegen billig, weil es arbeitsparende Organismen und Maschinen hat, es hat vielmehr arbeitsparende Einrichtungen, weil die Löhne hoch sind, die Einsparung von Arbeit notwendig und der Abtrag befruchtungsfähig ist. Hohe Löhne sind die wirkende Kraft aller arbeitsparenden Prozesse.“ Es blüht, die Industrie des Herrn Schmidt und seiner Freunde unter dem Banner, die müssen so gut wie wir, daß die niedrigen deutschen Löhne eine der Hauptursachen unserer mangelhaften Wirtschaftslage sind. Der Weg zur Gründung der Wirtschaft geht nicht über niedrige, sondern über hohe Löhne. Das und nichts anderes beweist die industrielle Entwicklung Amerikas.

Was wir uns mit Herrn Schmidts Erguß in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ eigentlich beschäftigen, ist folgender Satz: „Die hundertjährige konnte man nicht aus den amerikanischen Herrichten darübers berichten, daß Arbeit in diesen einen Arbeitsbedingung ist wünschenswert, ihren Lohn konnte man haben, was man lassen, um die Fabrik in die Lage zu versetzen, diese Krise durch einen großen Reklamationskampf zu überwinden.“ In Deutschland würde man so etwas nicht, und dann hier das große wirtschaftliche Elend. Wir zitieren diesen Satz nicht, um zu zeigen, welcher Wahnwitz die Unternehmerrassen ihren Lesern zu drehen wegen. Herr Schmidt hat auch mit dem „Geheimnis“ der hohen Löhne in Amerika nichts zu tun, er will nur die deutsche Wirtschaft nicht über den Herrn Schmidt, die „Wirtschaftsführer“ von der Arbeit der herrlichen Wirtschaft.

Erneute Verlängerung der Höchstföge in der Erwerbslosenunterstützung.

Die geplante Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge läßt sich nicht so schnell durchführen, wie die Regierung erwartete, als sie kürzlich die Geltungsdauer der Anordnung über die Höchstföge bis zum 22. Mai verlängerte. Die Regierung beabsichtigt, Lohnlücken einzufüllen und bei der Gelegenheit die Unterföhungsföge herabzumindern. Die Frage, ob dies auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung oder durch Verordnung durchgeführt werden soll, ist noch nicht entschieden. Inzwischen wurde, einem Beschlusse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages folgend, die Geltungsdauer der seitherigen Höchstföge bis zum 3. Juli verlängert.

Der Volksentscheid.

Die Reichsregierung hat den Zeitpunkt für die Vornahme des Volksentscheides über den Gesetzentwurf zur Enteignung der Fürstenvermögen auf den 20. Juni festgelegt. Das ist ein wichtiger Termin, zum erstenmal wird das deutsche Volk am 20. Juni das Amt des Gesetzgebers selbst ausüben. Die Reichsverfassung trifft im Artikel 1 die Feststellung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Im gewöhnlichen Verlauf der Dinge überträgt das Volk seine Machtbefugnisse an die Abgeordneten, die es wählt. Von ihnen erwartet es, daß sie ihr Amt im Einklang mit der Reichsverfassung und dem Volkswillen entsprechend ausüben.

In der Frage der Enteignung der Fürsten hat der Reichstag verweigert. Nun hat das Volk das Wort. Die Wähler werden am 20. Juni das Recht der Gesetzgebung direkt und unmittelbar ausüben. Die Volksabstimmung ist eine Probe auf die politische Reife des deutschen Volkes.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben gezeigt, wie die Reaktion rüft, wie einflußreiche Kreise auf dem Sprunge stehen, die Freiheit des Volkes im Blut zu ertränken. Der Zugriff der preußischen Polizei hat die Putschpläne der Eugenbergs und Konsorten gestört; die hochverräterischen Absichten gegen die Republik sind aber nicht aufgegeben. Die deutsche Republik hat in der Reichswehr einen Schützer, auf den kein sicherer Verlaß ist. Die Erwartung der Putschisten, in der Reichswehr einen Verbündeten für die Durchführung ihrer gegen die Republik gerichteten Pläne zu finden, hat nirgends Verwunderung erregt. Für die republikanische Zuverlässigkeit der Wehrmacht der Republik ist das ein vernichtendes Urteil.

Aber kann man sich darüber wundern, wenn sogar die Regierung der Republik den Flaggenerlaß des Reichspräsidenten deckt. Diesen Erlaß, der so starke Sympathien für die schwarzweißrote Fahne der Feinde der Republik beudet und in seiner Wirkung eine Herabwürdigung der verfassungsmäßigen schwarzrotgoldenen Reichsflagge bedeutet. Über den Flaggenerlaß ist der Reichskanzler Luther, der ihn verantwortlich zeichnete, gestürzt. Die übrigen Minister, die sich in der Flaggengerade mit Herrn Luther solidarisch erklärt hatten, sind im Amte geblieben, und Herr Marx ist an Luthers Stelle Reichskanzler geworden. Der Flaggenerlaß aber ist geblieben, und der Brief des Reichspräsidenten, den sich Herr Luther schreiben ließ, läßt vermuten, daß neue Vorstöße einsetzen werden, um das republikanische Schwarzrot-Gold durch die schwarzweißrote Hohenzollernfahne zu ersetzen.

Zu dieser innerpolitischen Situation soll das deutsche Volk am 20. Juni Stellung nehmen. Die Wähler werden gefragt, ob der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Diese Frage ist mit Ja oder Nein zu beantworten. Vorbehalte können nicht gemacht werden.

Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet der Volksentscheid viel mehr, als in der gestellten Frage ausgesprochen ist. Das deutsche Volk entscheidet am 20. Juni über die Frage: Republik oder Monarchie? Soll der Deserteur aus Doorn, sollen die zwei Duzend abgedankter Fürsten zurückgeholt werden? Soll der alte Volkseisstaat wieder aufgerichtet werden, in welchem die hochmögenden Herren, das widerwärtige Hofgeschmeiß maßgebend und das Volk rechtlos der Willkür der Herrschenden preisgegeben ist?

Wer dafür eintritt, daß die Republik gefestigt und ausgebeutet werde, wer den immer noch übermächtigen Einfluß des Monarchismus in der Verwaltung, in der Justiz, in der Reichswehr endgültig und nachhaltig beseitigt wissen will, der muß am 20. Juni nicht nur selbst mit „Ja“ stimmen, er muß auch die kurze, noch zur Verfügung stehende Zeit ausnützen, dafür zu wirken, daß die Mehrheit, mit welcher die Enteignung der Fürstenvermögen beschlossen wird, überwiegend wird.

Arbeitsrecht.

Dem Lehrling muß die Entschädigung auch für die Zeit des Schulbesuches gezahlt werden.

Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß dem Lehrling für die Zeit, an der er am Unterricht in der Pflichtschule teilnimmt, kein Abzug von der ihm zustehenden Entschädigung gemacht werden darf. Insofern werden aber solche Abzüge gemacht, so daß die betreffenden Unternehmer erst durch das Gewerbegericht an ihre Pflicht erinnert werden müssen. Eine klagartige Klage, die sich gegen den Inhaber einer Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik richtete, hat das Gewerbegericht Breslau am 9. März entschieden. Die Höhe der Entschädigung ist dort im geltenden Tarifvertrag auf 18 Pf. die Stunde festgesetzt, und der Unternehmer zog dem Lehrling regelmäßig die Entschädigung für die 3 Stunden wöchentlich ab, die er durch den Besuch

der Fortbildungsschule veräumte. Diese Abzüge hatten die Höhe von insgesamt 45 Mk. erreicht, die der Vater des Lehrlings einlagte.

Der belagte Unternehmer stützte sich auf den § 323, Absatz 1 des BGB., wonach ein Vertragszettel den Anspruch auf Gegenleistung verliert, soweit ihm die obliegende Leistung infolge eines Umstandes unmöglich wird, den weder er noch der andere Teil zu vertreten hat. Außerdem legte er ein Urteil des Gewerbegerichts in Dresden vor, das in einer gleichgelagerten Streitfache diesen Einwand anerkannt und den § 616 BGB. nicht für anwendbar erklärt hat, weil es sich nicht um eine verhältnismäßig unerhebliche Zeit handelt, die durch den Schulbesuch veräumt wurde.

Das Gewerbegericht Breslau hat die Auffassung des Gewerbegerichts Dresden ausdrücklich als irrig abgelehnt. Es erklärt, daß die dort angestellten Erwägungen auf einen Gewerbegehilfen zutreffen mögen, dessen Lohn eine Entschädigung für eine genau bestimmte Wochenarbeitszeit darstellt, nicht aber für einen Lehrling. Hier handelt es sich nicht um einen Lohn für das Ausarbeiten einer gewissen Stundenzahl, sondern um eine Entschädigung, die nur rein rechnungsmäßig, nicht aber begrifflich dem Lohn der Gewerbegehilfen angepaßt ist. Der Tarifvertrag spricht daher auch ausdrücklich bei den Lehrlingen nicht von einem Lohn, wie bei den Gewerbegehilfen, sondern von einer Entschädigung. Diese Entschädigung ist an den Lehrling nach der Verteilung zu zahlen ohne Rücksicht darauf, ob der Lehrling gerade genau die 48-Stunden-Woche innegehalten hat. In Anwendung dieses Grundsatzes ist das Gewerbegericht zu dem Schluß gekommen, daß die Höhe der Lehrlingsentschädigung durch den Besuch der Fortbildungsschule nicht berührt wird.

Diese Entscheidung entspricht dem natürlichen Rechtsempfinden. Es wäre zu wünschen, daß sich die Unternehmer allgemein dieser Auffassung anschließen, so daß die Anrufung der Gerichte aus solchem Anlaß unterbleiben könnte.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für die Woche vom 23. Mai bis 29. Mai 1926 fällig geworden.
Berlin S. O. 10, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

München. Am 30. April starb an den Folgen eines Rab-unfalls unser Kollege, der Bildhauer Leo Krenn. Sein Tod bedeutet einen schweren Verlust für unsere Mitgliedschaft. Krenn, der nur ein Alter von 43 Jahren erreichte, hat lange Jahre hindurch hervorragende Stellungen im Bildhauer-Verband bekleidet. Nach der Verschmelzung widmete er seine Arbeitskraft mit gleichem Eifer dem Holzarbeiter-Verband. Er war Mitglied des Gauvorstandes und Vertreter des Verbandes im Ortsrat; besonders wirkte er im Bildungsanschuß. Wir werden den wackeren Kollegen in ehrender Erinnerung behalten.

Münster am Deister. Seit November vorigen Jahres liegt die Stuhlmoebelindustrie unseres Bezirkes schwer darnieder. Erst in letzter Zeit machen sich Zeichen einer Besserung bemerkbar, wenn nicht wider Erwarten ein Rückschlag eintritt. Der Erwerbslosenfürsorge unterstanden im letzten Vierteljahr 1925 40 und im ersten Vierteljahr 1926 307 Mitglieder. Vom Verband erhielten 347 Mitglieder zusammen 12 112,95 Mk. Arbeitslosenfürsorge. Das ist fast viermal mehr, als im ersten Vierteljahr an Beiträgen eingekommen ist. Außerdem erhielten 116 Mitglieder 1944,80 Mark Krankenunterstützung. Diese Zahlen sind der beste Beweis für die große praktische Bedeutung des Verbandes für die Mitglieder in schwerer Zeit. Zurzeit sind noch 100 Kollegen arbeitslos. Die Unternehmer haben auch hier die schlechte Wirtschaftslage zum willkommenen Anlaß genommen, die Verträge zu kündigen und den Lohn zu kürzen. Wenn die Verhältnisse besser geworden sind, dann werden wir alle Hände voll zu tun haben, um das Verlorene wieder zurückzuerheben. Dazu ist aber die Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich. Heute läßt die Mitarbeit viel zu wünschen übrig. Das Verjammungsleben ist nicht auf der Höhe. Die Versammlungen sind der Ort, wo die Verhältnisse besprochen und geklärt werden müssen, hier wird beschlossen, was geschehen soll im Interesse aller Mitglieder. Wo die Arbeiter kein rechtes Interesse am Verbandsleben zeigen, wittern die Unternehmer Morgenluft. Diejenigen Holzarbeiter, die unsere Reihen verlassen haben, sparen 1 Mk. Beitrag in der Woche; durch Lohnabbau, dem sie als Unorganisierte keinen oder nicht genügenden Widerstand entgegenzusetzen können, gehen ihnen aber vielleicht 10 Mk. und mehr die Woche an Lohn verloren. Während früher, solange der Tarifvertrag galt, das Wirtschaftsgebiet Münster, Springe und Umgegend einheitliche Löhne hatte, bestehen jetzt schon wieder große Unterschiede. Bedauerlich ist auch, daß trotz der großen Zahl Kurzarbeiter und Arbeitsloser in verschiedenen Betrieben über acht Stunden gearbeitet wird. Die Unternehmer diktieren wieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Kollegen! Holzarbeiter im Deister- und Sünteltal! Soll das so weitergehen? Wollt ihr euch das Mitgliedschaftsrecht in den Betrieben wieder nehmen lassen? Nein, Kollegen! Die Unternehmer sind kräftig an der Arbeit für ihren Verband. Auch wir müssen uns wieder feiler zusammenschließen. Dann ist es uns auch möglich, die Pläne der Unternehmer abzuwehren. Darum, Kollegen, soll der Verband auch in Zukunft das erreichen, was wir uns als Ziel setzen, dann müßt ihr besser als bisher mitarbeiten im Verband. Holt die noch fernstehenden Holzarbeiter heran und besucht alle Versammlungen, dann geht es auch vorwärts.

Steinheim (Westfalen). In der Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ war an dieser Stelle eine Zuschrift veröffentlicht, in welcher von einem Unternehmer berichtet wurde, der zugleich Vorsitzender der Spar- und Darlehnskasse ist. Ihm wurde nachgelagt, er habe sich dafür eingesetzt, daß der „Westfälischen Möbelfabrik“ der Kredit gesperrt wurde, so daß sie den Konkurs anmelden mußte. Es wurde erzählt, so wurde in der Folge weiter berichtet, daß

jener Unternehmer sich mit der Hoffnung trage, den Betrieb des mißliebigen Konkurrenten im Konkursverfahren für ein paar Mark laufen zu können.

Durch diese Notiz fühlte sich Herr Franz Finkeldeci getroffen. Aus seinem Briefkopf entnehmen wir, daß der Herr Hoflieferant und Inhaber der „Steinheimer Kunst- und Möbelindustrie, Sägewerk und Holzhandlung“ ist. Als Vorsitzender der Spar- und Darlehnskasse fühlt er sich durch den diesem gemachten Vorwurf getroffen. Er bezeichnet das Schreiben, das er uns sendet, als Verächtigung und fordert uns auf, seine Stilllegung gemäß § 11 und unter Hinweis auf § 19, Ziffer 3 des Preßgesetzes abzuordnen. Nicht genug damit, will er von uns auch den Artikelschreiber namhaft gemacht haben, und er droht uns, für den Fall, daß wir seinen Wünschen nicht nachkommen, mit der Klage gemäß § 20 des Preßgesetzes.

Daß es dem Herrn Hoflieferanten an Schneid fehlt, kann man hiernach nicht behaupten; er hat auch, wie man aus seinen Hinweisen auf einzelne Paragraphen schließen kann, das Preßgesetz angesehen, nur hat er es nicht verstanden. Deshalb, ganz abgesehen von seiner unmoralischen Zumutung, müssen wir es ablehnen, seine Zuschrift abzuordnen. Bemerkte sei nur, daß Herr Finkeldeci den Inhaber der „Westfälischen Möbelindustrie“ unter Angabe einer Reihe von Daten als durchaus kreditwürdig hinstellt, und er erklärt weiter, daß er den Betrieb, um ihn weiterzuführen, auch nicht einmal geschenkt haben wolle.

Aus der Holzindustrie.

Die Holzindustrie in der Berufsberatungstaktik.

Es hat lange gedauert und vieler Worte und noch mehr überzeugender Taten bedurft, bis für weite Kreise der Wirtschaft das Wort „Berufsberatung“ einen lebendigen Inhalt bekam. Den stärksten Widerstand findet man beim Handwerk und besonders bei den Innungen. Die Großindustrie hat sich dieses neuen Zweiges der Arbeitswissenschaft seit längerer Zeit warm angenommen und auf diesem Gebiet vielfach mit eigenen Mitteln Vorbildliches geleistet. Die Handwerkerinnungen sind immer die Träger konservativer Ideen gewesen und haben diesen „Ruhm“ auch bis heute behalten. Sie sehen in den behördlichen Organen der Berufsberatung eine unerwünschte Einmischung des Staates in ihre alten verbrieften Rechte. Manches ist gewiß in letzter Zeit besser geworden, aber von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten dieser Kreise mit den Berufsberatungsgremien kann noch nicht allgemein gesprochen werden. Auch bei einem Teil der Elternschaft besteht aus mancherlei Gründen eine Abneigung gegen diese neue „behördliche Bevormundung“. Diese Abneigung ist unberechtigt; denn der Berufsberater will nicht bevormunden, sondern er will eine hohe Mission im Interesse der Jugend erfüllen.

Henry Ford schildert in seinem Buch „Mein Leben und Werk“, wie durch eine planmäßige und zweckmäßige Organisation des Betriebes, des Arbeitsvorganges und durch eine auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhenden Materialkenntnis die Produktivität der Arbeit gewaltig gesteigert werden kann. Er zeigt aber auch, welche wichtige Rolle der lebendige Mensch im Arbeitsprozeß spielt. Der richtige Mann am richtigen Platz ist die Voraussetzung für den Erfolg. Er legt deshalb auch keinen Wert darauf, zu wissen, was hat der Mann, dem ich einstelle, schon alles hinter sich oder nicht hinter sich. Es kommt nur darauf an, was leistet der Mann an seinem Arbeitsplatz. Bewährt er sich nicht, dann wird er an anderer Stelle eingesetzt. Jeder Mensch, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ist an irgendeiner Stelle leistungsfähig. Es kommt nur darauf an, ihn an der richtigen Stelle einzusetzen.

So will auch der Berufsberater versuchen, den jungen Menschen, der ins Leben tritt, an die richtige Stelle im Arbeitsprozeß zu bringen. So manche Schwierigkeit steht diesem Bestreben, namentlich bei unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage, entgegen.

Die Berufswünsche und die festgestellte vermutliche Eignung des Jugendlichen müssen in Einklang gebracht werden mit dem tatsächlichen Bedarf an Lehrlingen, oder besser gesagt mit den offenen Lehr- oder Anlernstellen. Der Berufsberater hat auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß eine Lehrlingszüchterei unterbunden wird. Einige Gewerbe sind in dieser Beziehung bekannt, so daß es sich als notwendig erweist, Verordnungen zu erlassen, durch die die Zahl der Lehrlinge, die gehalten werden dürfen, eingeschränkt wurde. So sind Verordnungen vom preußischen Handelsminister für das Fleischer- und Friseurgewerbe erlassen worden.

Auch von anderen Kollegen ist wiederholt verlangt worden, unser Verband solle sich einsetzen für eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge. So verständlich auch manchmal diese Wünsche sein mögen, so darf doch nicht vergessen werden, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn jede gewerkschaftliche Organisation zur Zeit der Schulentlassung vor Erlernung der in ihr vertretenen Berufe warnt. Es muß also ein anderer Weg gefunden werden, um geordnete Verhältnisse auf dem Lehrlingsmarkt zu schaffen. Der Berufsberater hat die Möglichkeit, einen Ausgleich herzustellen, wenn er dies auch heute nur in beschränkter Weise tun kann. Je mehr Erfahrungen auf dem Gebiet der Berufsberatung gesammelt werden, um so eher wird der Zeitpunkt kommen, an dem in dieser Beziehung das Berufsamt stärkeren Einfluß bekommt.

Sehr interessant sind die Berichte der Berufsämter, die in der Berufsberatungstaktik zusammengestellt sind. Diese ist jetzt für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 veröffentlicht worden. Erfasst worden sind alle Jugendlichen, die sich zur Beschaffung einer Lehr- oder Anlernstelle an einen öffentlichen Arbeitsnachweis oder an ein Berufsberatungsamt gewandt haben. Insgesamt handelt es sich um 183 090 männliche und 123 413 weibliche Jugendliche. Von diesen wollten 18 526 männliche Jugendliche, das sind 10,12 Prozent, und 99 weibliche Jugendliche, das sind 0,08 Prozent, einen Beruf im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ausüben. Die Berufswünsche der 18 526 männlichen Jugendlichen verteilten sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Tischler 14 690 gleich 79,29 Prozent, Stellmacher 1413 gleich 7,63 Prozent, Modelltischler 801 gleich 4,32 Prozent, Holzbildhauer 326 gleich 1,75 Prozent, Instrumentenmacher 260 gleich 1,40 Prozent, Börsler 363 gleich 1,95 Prozent, Drechsler 231 gleich 1,25 Prozent, Korbmacher 146

gleich 0,80 Prozent, Bürstenmacher 116 gleich 0,62 Prozent, Vergolder 87 gleich 0,20 Prozent, Sonstige 142 gleich 0,77 Prozent. Soweit die Berufswünsche. Diesen Wünschen müssen die offenen Lehrstellen gegenübergestellt werden. Den 14 690 Bewerbern um eine Tischlerlehre standen nur 5998 gleich 40,88 Prozent Lehrstellen zur Verfügung. 1413 Stellmachern 1029 gleich 72,82 Prozent, 801 Modelltischlern 581 gleich 72,53 Prozent, 326 Holzbildhauern 248 gleich 76,07 Prozent, 260 Instrumentenmachern 231 gleich 88,85 Prozent, 363 Würtlern 513 gleich 141,32 Prozent, 231 Drechsler 350 gleich 151,52 Prozent, 148 Korbmachern 167 gleich 112,84 Prozent, 115 Bürstenmachern 285 gleich 247,83 Prozent, 87 Vergoldern 121 gleich 327,03 Prozent, 142 Diverse 317 gleich 223,24 Prozent offene Lehrstellen gegenüber. Wir sehen bei der größten Branche, dem Tischlergewerbe, den stärksten Andrang von Bewerbern und das prozentual geringste Angebot von Lehrstellen. Bei den kleineren Branchen ist die Sache zum Teil umgekehrt, es werden viel mehr

machen wollen, erzählen ihnen, daß bei niedrigem Lohn ausreichend Beschäftigung vorhanden wäre. Sie glauben natürlich selbst nicht daran, daß die Preisüberhebung beim Produkt, die auch bei einer starken Lohnherabsetzung nur geringfügig sein kann, eine Belebung des Geschäftes herbeiführen könnte. Noch viel weniger glauben die Arbeiter solche Märchen. Sie fügen sich wohl mitunter zähneknirschend dem Zwange und — rekonvaleszieren sich. Der denkende Arbeiter sagt sich, es hat ja gar keinen Sinn, die Arbeitskraft auf das äußerste anzuspinnen, wenn mir als Erfolg meiner Anstrengung ein Lohnabbau winkt. Ich habe nichts weiter von meiner Anstrengung, als daß ich meinen Körper um so schneller ruinieren. In sich liegt es dem Arbeiter im Blut, die höchstmögliche Leistung hervorzubringen. Wird ihm aber sein schmaler Verdienst noch weiter gekürzt, dann denkt er über die Zusammenhänge nach, und er kommt von selbst zu dem ange deuteten Ergebnis.

Die Enttäuschung der Unternehmer über die Verminderung der Arbeitsleistung ist ganz unangebracht. Wenn sie eine solche feststellen, dann müssen sie die Schuld bei sich selbst suchen. Der Lohnabbau ist ein Attentat auf die Arbeitsintensität, er tötet beim Arbeiter den Willen zur Entfaltung der höchsten Leistungsfähigkeit. Wer den Lohnabbau betreibt und fördert, hat kein Recht, sich über den Rückgang der Leistungen der Arbeiter zu enttäuschen, denn — wie der Lohn, so die Arbeit.

Zum Volksentscheid.



Wer den Fürsten gibt, gibt der Reaktion!

Lehrlinge gesucht, als Bewerber vorhanden sind. Die Prozentzahlen zeigen sehr deutlich, daß bei den Berufswünschen nur die Hauptberufe der Holzindustrie bevorzugt werden, so die Tischler, Stellmacher, Modelltischler, Holzbildhauer und Instrumententischler.

Von den insgesamt vorhandenen 9540 offenen Lehrstellen wurden 7526 durch Vermittlung eines Berufsamtes besetzt. Die amtliche Statistik erhebt keinen Anspruch darauf, ein vollständiges Bild vom Lehrlingsmarkt zu geben. Jedenfalls wird aber schon ein erheblicher Teil der Jugendlichen erfasst, so daß diese Statistik eine gute Grundlage für die Beurteilung der Verhältnisse im allgemeinen bildet.

Wilde Männer.

Es gibt Unternehmer, die sich dermaßen als Herrenmenschen fühlen, daß sie Lohnansprüche bekommen, wenn die Arbeiter es wagen, ihren Wünschen Widerstand entgegenzusetzen. Das gleiche kann man mitunter bei kleinen Syndikati beobachten, die gern wichtig tun und glauben, den Arbeitern imponieren zu können, wenn sie bei Auseinandersetzungen den wilden Mann spielen. Über solch einen Raub, ob es ein Unternehmer oder ein Syndikus ist, sei dahingestellt, verfügt die Interessengemeinschaft der Arbeitgeber des Holzgewerbes für die Provinz Sachsen, Anhalt und Umgegend. Der Mensch kann das Wasser nicht halten, und besonders merkwürdig ist es, daß die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes, mit größter Bereitwilligkeit seine geistlichen Ausscheidungen aufnimmt. Merkwürdig deshalb, weil der Arbeitgeberverband sonst in Fehde mit der Interessengemeinschaft liegt, die sich von ihm abgesplittert hat. Ansehend gefallen dem Organ des Arbeitgeberverbandes die Lohnansprüche des wilden Mannes aus Sachsen-Anhalt so gut, daß es sich gern auch von ihm als Kloake benutzen läßt.

Die eine Sudelei des wilden Mannes haben wir in Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ niedriger gehängt, in der „Holzindustrie“ vom 15. Mai finden wir ein Erzeugnis gleicher Herkunft und gleicher Qualität. Das Verhalten unseres Gauvorstehers, des Kollegen Bauer, gelegentlich der am 28. April in Magdeburg geführten Verhandlungen hat den Wutausbruch ausgelöst. Bauer hat sich dort gegen jede Lohnherabsetzung entschieden gewehrt, und die angeblich dabei gefallene Äußerung, er werde dafür sorgen, „daß die Arbeiter entgegennehmend weniger leisten“, hat den Matador der Interessengemeinschaft um sein bißchen Verstand gebracht. Auf seine Schimpferei gehen wir natürlich nicht ein. Aber ist denn der angebliche Anspruch des Kollegen Bauer wirklich so weiterleitend? Wie der Anspruch in Wirklichkeit gelaute hat, ist ziemlich gleichgültig, aber in der Sache belagt er doch eine Selbstverständlichkeit.

Der Arbeiter sieht in der groß angelegten Abbauktion der Unternehmer mit Recht einen Ausfluß von Bosheit und Schikanen. Das Geschäft geht schief, und das lähmt die Widerstandskraft der Arbeiter; man glaubt sich ihnen gegenüber etwas herausnehmen zu können, was man bei besserem Geschäftsgang wohlweislich unterlassen hätte. Die Unternehmer, die den Arbeitern den Lohnabbau muthochrecht

Harmonikafabrik Matth. Hohner A.-G.

Die Harmonikafabrik Matth. Hohner A.-G. in Trossingen wurde 1909 gegründet. Damals ein kleines Werk, heute ist Matth. Hohner A.-G. ein großes Unternehmen von Welttruf. Außer der Stammbauwerk in Trossingen besitzt die Firma noch 31 kleinere und größere Betriebe in Württemberg und Baden, ferner eigene Verkaufsstellen (noch anderen Meldungen auch einige Fabrikationsbetriebe) in New York, Toronto, Mexiko, London und in anderen Städten der Welt. Die Grundstücke der Firma haben eine Fläche von 80 000 Quadratmeter. Die Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt etwa 4500. Die Matth. Hohner A.-G. ist nicht nur das größte Unternehmen der Branche in Deutschland und der ganzen Welt, es kann sich auch neben vielen Unternehmungen anderer Industrien sehen lassen. Die Firma soll nach verschiedenen Meldungen auch an einer Reihe von Harmonikafabriken des Klingenthaler Bezirks finanziell stark beteiligt sein; einige davon befinden sich wohl so gut wie ganz im Besitz der Matth. Hohner A.-G.

Im Gegensatz zu den meisten Klingenthaler Harmonikafabriken ist die Matth. Hohner A.-G. bestrebt, die Heimarbeit soviel wie möglich auszufalten. Sie legt das Hauptgewicht auf technisch gut durchorganisierte Betriebe. In dieser Hinsicht ist sie den meisten Klingenthaler Betrieben weit überlegen, und das ist auch ihre Stärke gegenüber der dortigen Konkurrenz. Einst hatte die Harmonikaindustrie ihren Schwerpunkt im Klingenthaler Bezirk, heute liegt dieser in Trossingen, dank vor allem der außerordentlich günstigen Entwicklung der Matth. Hohner A.-G. Außer dieser Harmonikafabrik gibt es in Trossingen noch einige andere größere Firmen, so u. a. die Andr. Koch A.-G. und die Christian Weiß A.-G.

Die Matth. Hohner A.-G. besaß ursprünglich ein Aktienkapital von 3 Millionen Mark, heute beträgt dieses 6 Millionen Mark. Der Geschäftsbericht für 1925 weist nach Abschreibungen in Höhe von 361 823 Mk. (1924 249 309 Mk.) einen Reingewinn von 6 20 798 Mk. (1924 616 734 Mk.) aus. Die Dividende beträgt, wie im Vorjahr, 8 Prozent. Aus den uns vorliegenden Angaben aus dem Geschäftsbericht ist leider nicht zu ersehen, wie groß die ausgezahlte Lohnsumme ist. Aus dieser Zahl könnte man Schlüsse auf die Entlohnung ziehen. Gegenwärtig arbeitet die Matth. Hohner A.-G. mit Betriebs Einschränkung, sie hofft jedoch auf eine baldige Besserung der Geschäftslage.

Die Nürnberger Bleistiftindustrie.

Die Nürnberger Bleistiftindustrie hat eine jahrhundertelange Geschichte. Über ihre Entstehung ist Genaues leider nicht bekannt. Man weiß nur so viel, daß bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Nürnberg die Bleistiftherstellung handwerksmäßig betrieben wurde. Auch über die spätere Entwicklung der Industrie weiß man so gut wie nichts. Gegenwärtig gibt es in Nürnberg und der näheren Umgegend 23 Bleistiftfabriken mit etwa 3600 Arbeiterinnen und Arbeitern. Vor dem Weltkrieg wurde die Jahresproduktion auf 220 Millionen Bleistifte geschätzt.

Der wichtigste Rohstoff der Bleistiftindustrie ist der Graphit. Der in Nürnberg zur Verarbeitung kommende Graphit stammt aus Niederbayern, Böhmen, Spanien, Mexiko, Nordamerika, Madagaskar, Korea, und der beste aus Caylon. Das zweitwichtigste Material ist das Holz. Für die billigen Bleistifte wird waldbühisches Erlenz- und Föhrenholz, für Bleistifte mittlerer Qualität gebeiztes und präpariertes Bindenholz benutzt. Für die feineren und teuren Bleistifte wird nordamerikanisches Zedernholz verwendet. Die Zeder wuchs hauptsächlich in den Urwäldern von Alabama, Tennessee und Florida; die Bestände sollen aber bald erschöpft sein. Nach einer Mitteilung des Dipl.-Ing. Hendrich im Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallchutz sollen aber noch große Vorräte aus früheren Blockhäusern, Grenzpfählen und Knüppeldämmen vorhanden sein. Das Holz liegt zum Teil in der Erde, ist aber gut erhalten, so daß es nach der Ausgrabung weitere Verwendung finden kann.

Die Nürnberger Bleistiftindustrie war früher auf dem Weltmarkt tonangebend. Während des Weltkrieges und in noch höherem Maße in den letzten Jahren bemühten sich verschiedene Staaten, eine eigene Bleistiftindustrie ins Leben zu rufen und künstlich großzuzüchten. In den letzten zehn Jahren sind allein in fremden europäischen Ländern 20 neue Bleistiftfabriken entstanden, die beizurecht sind, den Bedarf ihres Landes zu decken und darüber hinaus der deutschen Industrie Konkurrenz zu machen. Auch in Rußland wird augenblicklich der Versuch gemacht, eine Bleistiftindustrie künstlich ins Leben zu rufen. Wenn auch nicht zu befürchten ist, daß die ausländische Bleistiftindustrie die deutsche ernstlich schädigen kann, so verdienen diese Vorgänge doch die volle Aufmerksamkeit der deutschen Bleistiftindustrie.

Biegesames Holz.

Vor etwa Jahresfrist war viel die Rede von einem knebarten Holz, das eine Berliner Firma in den Handel brachte. Wir wissen nicht, ob sich diese Erfindung in der Praxis bewährt hat, oder ob sie nicht schon wieder in Vergessenheit geraten ist.

Die Meldung klingt reichlich phantastisch. Was daran Wahres ist, läßt sich erst sagen, wenn man das Wunder vor sich und ausprobiert hat.

Gewerkschaftliches.

Die Redaktion der „Gewerkschafts-Zeitung“.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wird seit ihrem Bestehen vom Kollegen Paul Umbreit redigiert. Seit dem Jahre 1900 war Umbreit der Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“, aus welchem die „Gewerkschafts-Zeitung“ hervorgegangen ist.

Des Bezirks-Bildungsausschusses für Groß-Berlin. Später war er Redakteur der „Freiheit“ in Berlin und nachher Betriebsratssekretär im Einheitsverband der Deutschen Eisenbahner. Seidel hat durch eine Reihe beachtenswerter Publikationen den Nachweis erbracht, daß er als Gewerkschafter über besondere Qualitäten verfügt, so daß er in seinem neuen Amt, das er am 1. Juni antritt, als der richtige Mann begrüßt werden kann.

Ein Jubiläum des Buchdrucker-Verbandes.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ erscheint im Festgewand. Es gilt der Feier des 60jährigen Jubiläums des Buchdrucker-Verbandes. Su Pfingsten 1866 wurde der Buchdrucker-Verband gegründet. Er ist nicht nur die älteste, sondern auch die vorbildliche deutsche Gewerkschaft.

Das Ende des Großkampfes in England. Am 12. Mai hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften beschlossen, den „Generallstreik“ aufzuheben. Diesem Beschluß waren Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der

staatlichen Kohlenkommission vorausgegangen, der inoffiziell von der Regierung zu diesem Schritt ermächtigt war. Die Vorschläge, die gemacht wurden, schienen dem Generalrat eine geeignete Grundlage für die mit der Regierung zu führenden Verhandlungen, für welche die Aufhebung des Generallstreiks als Voraussetzung bezeichnet worden war.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. Mai den folgenden Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder erlassen: „Nachdem der Generallstreik in England beendet ist, schließen wir hiermit die Sammlung zur Unterstützung der englischen Kameraden.“

Gleichzeitig ersuchen wir die Mitglieder der Gewerkschaften, nunmehr nach Kräften dazu beizutragen, daß die Kosten für den bevorstehenden Volkssentscheid rechtzeitig aufgebracht werden.“

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden. Die neuen Arbeitsgerichte. Vortrag, gehalten von P. Böhling, erster Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes der Stadt Berlin.

Berufszugehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluß 1925.

Table with columns for Branch (Branche), Number of members (Zahl der Mitglieder in den Gauen), and Gender (Gesamt, darunter weibliche, jugendl., Lehrlinge). Rows list various professions like Buchstabenmacher, Drechler, etc.

Der beste Putzhobel mit festem Hebel und nachherigen Reib. Gebrauchsfähig unter Garantie. M. Heringer, Schlegelstr. 1, Nürnberg.

1 Korbmacher mit Holz- und Eisenwerkzeugen. Kollegen! Nobelbänke. Tischlerschule.

Stuhllechtröhre! Beste, erprobte Qualität. Halbg. rotband Nr. 2a 3a 4a.

Schöne Intarsien für Möbel, Schränke, Max. Weiß, Würzburg, Söfl. 17. Tischler, die sich in größ. Städten.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge. Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband und sein Kampf gegen die Unfallgefahren in der Holzindustrie. Für Mitglieder 50 Pf. im Buchhandel 75 Pf.

Hobelbänke. Tischlerschule. beim H. Fernieröfen. Gebr. Leitzinger, Freiburg i. B.

Gewerkschaftliche Jugendbücherei! BAND I: Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter. BAND II: Arbeit und Volksklaffen im Wandel der Geschichte. BAND IV: Gewerkschaften und Arbeitsrecht.